

BDG-Forderungspapier

Den Standort Deutschland für die Gießerei-Industrie wieder wettbewerbsfähig machen

Die mittelständisch geprägte, energieintensive deutsche Gießerei-Industrie ist ein zentraler Pfeiler der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und trägt maßgeblich zur Stabilität und Prosperität unseres Landes bei. Sie ist mit rund 70.000 Beschäftigten nicht nur ein bedeutender Arbeitgeber und Steuerzahler, sondern auch ein wesentlicher Akteur in der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen. Die deutsche Gießerei-Industrie ist innovativ, dynamisch und das Rückgrat der deutschen Industrieproduktion. Sie ist das eine Prozent der industriellen Wertschöpfung, ohne das die übrigen neunundneunzig Prozent nicht auskommen. Deutsche Gießereien gehören zu den weltbesten ihrer Zunft und sichern als solche Wohlstand und Fortschritt. Sie setzen die globalen Maßstäbe im Produktdesign sowie hinsichtlich ihrer Prozesse, sodass sie beim Energie- und Materialverbrauch höchst effizient sind. Der Einsatz von Schrotten macht sie zum Musterbeispiel für eine seit Jahrzehnten praktizierte Circular Economy. Zugleich übernehmen Gießereien gesellschaftlich relevante Aufgaben, die in unsicheren Zeiten von entscheidender Bedeutung sind.

Besonders hervorzuheben ist die Rolle der mittelständisch geprägten Gießerei-Branche außerhalb der urbanen Ballungsräume. Sie ist ein Anker für die ländlichen Regionen und sorgt dort für wirtschaftliche Stabilität und Lebensqualität. Diese Standorttreue ist eine Stärke, die jedoch akut gefährdet ist, wenn die Rahmenbedingungen nicht wettbewerbsfähig sind. Umso mehr ist es wichtig, die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Gießerei-Industrie zu erkennen und zu adressieren.

Die deutsche Gießerei-Industrie ist als wichtiges Bindeglied in der Wertschöpfungskette der Schlüssel zu Innovation und Fortschritt in Deutschlands Industrie. Damit sie auch in Zukunft ihre entscheidende Rolle erfüllen kann, bedarf es gezielter Maßnahmen, die es ihr weiterhin ermöglichen, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Deutschlands innovative Gießerei-Industrie ist wettbewerbsfähig – aber der Standort ist es nicht. Und das muss sich ändern! Die wichtigsten Ansätze aus Sicht der Gießerei-Industrie fasst dieses Papier zusammen.

Forderungskatalog der deutschen Gießerei-Industrie für die Bundestagswahl 2025

1. Die Energiekosten müssen sinken

Auch wenn die Beschaffungspreise für Strom ihren Krisenpeak zunächst überwunden haben, bleibt im zeitlichen Längsschnitt sowie im internationalen Vergleich folgender Befund bestehen: Die unter den Vorzeichen der Transformation für die deutschen Gießereien besonders wichtigen Stromkosten betragen nach wie vor ein Vielfaches im Vergleich zu Wettbewerbsländern. Dem muss effektiv begegnet werden:

- **Die Einführung mittelstandstauglicher Instrumente, die einen verlässlichen und wettbewerbsfähigen Energiepreis ermöglichen:** Instrumente zur Senkung der Energiekosten sind speziell auf die Bedürfnisse des industriellen Mittelstands auszurichten. Immer mehr und komplexe Antragsverfahren für Stromkostensenkungen (v.a. bei Steuern und Umlagen) überfordern jeden Mittelständler. Strompreisreduktionen müssen für energieintensive Mittelständler mit wenig administrativem Aufwand erreichbar sein und mehrjährig wirken. Der Zugang darf nicht durch Branchenlisten oder starre Schwellenwerte beschränkt werden (z.B. Strompreiskompensation oder Carbon-Leakage nach BEHG nur für gelistete Branchen). „Deutsche“ Zugangsvoraussetzungen dürfen die EU-Vorgaben niemals überschreiten (sog. „Gold-Plating“). Sämtliche Strompreisreduktionen müssen „ex-ante“ wirken, da es vor allem mittelständische Unternehmen zu sehr belastet, wenn diese erst hohe Kosten zahlen müssen, sich ihr Geld aber erst später „zurückholen“ können.
- **Senkung der Netzentgelte:** Die hohen Netzentgelte belasten die Unternehmen zusätzlich. Den Netzausbau sowie die Netzfinanzierung gilt es zu prüfen und ggf. anzupassen, um die Energiekosten für industrielle Mittelstandsunternehmen zu senken. Die Bereitstellung von Infrastruktur ist staatliche Aufgabe, wobei der Netzausbau eine gesamtgesellschaftliche Tragweite hat und daher auch durch den Bundeshaushalt gestützt werden muss, um eine stabile und vor allem bezahlbare Energieversorgung für alle zu gewährleisten.
- **Unternehmen des industriellen Mittelstands müssen aus dem rein nationalen CO₂-Preissystem herausgenommen werden:** Rein nationale CO₂-Preisinstrumente schaden dem Standort und entfalten keine Klimaschutzwirkung, da Aufträge aus betriebswirtschaftlichen Gründen zunehmend in das Ausland vergeben werden (fehlendes „Level-Playing-Field“).
- **Ständige Berücksichtigung der Produktionsbedingungen der mittelständischen Industrie:** Mittelständische Industrieunternehmen un-

terliegen einem erheblichen Wettbewerbsdruck und kennen ihre Prozesse am besten. Anreizsysteme zur Anpassung der Produktion an die Erzeugung Erneuerbarer Energie (netzdienliches Verhalten) sind nicht mit der langfristig optimierten betriebswirtschaftlichen Realität der Betriebe vereinbar. Es ist nicht Aufgabe der Betriebe, flexible Stromabnahmen anzubieten. Senkungen der Netzentgelte dürfen daher auf keinen Fall an angebotene Flexibilitäten geknüpft werden.

2. Die Transformation zur Klimaneutralität muss ermöglicht werden

Die deutsche Gießerei-Industrie bekennt sich ausdrücklich zum Ziel der Klimaneutralität. Sie wirkt mit ihren hocheffizienten Prozessen und innovativen Produkten als tragende Säule der Transformation aktiv darauf hin. Um die Transformation Richtung Klimaneutralität auch betriebswirtschaftlich erfolgreich umzusetzen, bedarf es begleitend zusätzlicher Maßnahmen:

- **Mittelstandstaugliche Förderprogramme:** Bereitstellung von Fördermitteln speziell für industrielle Mittelstandsunternehmen zur Implementierung digitaler Technologien und umweltfreundlicher Prozesse.
- **Innovationsförderung:** Entwicklung von Programmen zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung, die mit schlanken Antragsverfahren speziell auf die Bedürfnisse des industriellen Mittelstands ausgerichtet sind.
- **Infrastrukturprojekte umgehend umsetzen:** Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsprozesse und des Baus von Energieinfrastruktur und Verkehrsadern, um eine stabile Energieversorgung und Logistik sicherzustellen. Nicht zuletzt ist der Umstieg auf erneuerbare Energien samt Anschluss der Infrastruktur so zu konzipieren, dass er auch für Mittelständler leistbar ist.

3. Der industrielle Mittelstand muss standortgerecht definiert werden

Zahlreiche rechtliche Rahmenbedingungen wie Förderprogramme, Kredite oder bürokratische Vorgaben werden durch die Definition des Mittelstandsbegriffs bedingt. Diese aus dem Jahr 2003 stammende Definition umfasst Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 50 Mio. Jahresumsatz. Allein die Preisentwicklung bei den Einsatzstoffen der deutschen Gießerei-Industrie machen eine Reform der Schwellenwerte erforderlich. Diese müssen angepasst werden, um der Realität der deutschen mittelständischen Industrie gerecht zu werden:

- **Der Schwellenwert für die Anzahl an Mitarbeitern auf muss auf 500 heraufgesetzt werden:** Mittelständische Industrieunternehmen haben in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern mehr als 250 Mitarbeiter.
- **Der Schwellenwert für den Jahresumsatz muss auf 125 Mio. Euro angepasst werden:** Die Kosten für Material, Energie, Personal und Dienstleistungen unterlagen in den vergangenen Jahren einer signifikanten Dynamik. Grenzwerte, die mehr als 20 Jahre alt sind, entsprechen nicht mehr den Gegebenheiten etablierter Industrieunternehmen.
- **Eine EU-Definition für Mid-Caps muss vorangetrieben werden:** Eine Kategorie für mittelgroße Unternehmen existiert innerhalb der EU nicht, sollte sich jedoch an dem beschlossenen Schwellenwert zum Anwendungsbereich für das EU-Lieferkettengesetz (CSDDD) orientieren. In dessen Anwendungsbereich fallen ab dem Jahr 2030 Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern und mehr als 450 Mio. Euro Jahresumsatz. Dementsprechend sollte die Mid-Caps-Definition für Unternehmen von 500 bis <1000 Mitarbeiter und bis zu einem Jahresumsatz von 125 Mio. Euro bis <450 Mio. Euro gelten.

4. **Der Fachkräftemangel muss effektiv bekämpft werden**

Die deutsche Gießerei-Industrie begegnet dem bereits heute spürbaren Verlust an Fachkräften mit großer unternehmerischer Elastizität und Aktivität. Sie aktiviert Potenziale vollkommen unabhängig von Ausbildung und Herkunft der Beschäftigten und wirkt integrierend. Der demographische Wandel wirkt jedoch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung so einschneidend und herausfordernd, dass der absehbar anwachsenden Fachkräfte-Lücke aktiv und systematisch begegnet werden muss:

- **Start einer Ausbildungsoffensive:** Intensivierung von Ausbildungsprogrammen in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und Unternehmen, um die Fachkräfte von morgen für den industriellen Mittelstand zu sichern.
- **Fachkräfte aus dem Ausland anwerben und ihre Potenziale für den Arbeitsmarkt schneller als bislang verfügbar machen:** Vereinfachung der Einwanderungsbedingungen für qualifizierte Fachkräfte, um den Bedarf des industriellen Mittelstands zu decken.
- **Förderung der gezielten Vernetzung von mittelständischen Industrieunternehmen und Bildungseinrichtungen:** Es gilt die Bedeutung der industriellen Wertschöpfung im Bildungsalltag zu etablieren und Ko-

operationen zwischen industriellen Mittelstandsunternehmen und Bildungseinrichtungen zu fördern, um praxisnahe Ausbildung und Forschung zu stärken.

5. Bürokratie muss endlich abgebaut werden

Die deutsche Gießerei-Industrie leidet in Deutschland erheblich unter den Bürokratielasten. Zum einen unterliegen industrielle Prozesse besonderen Anforderungen, zum anderen binden die bürokratischen Pflichten bei mittelständischen Unternehmen einen signifikanten Teil des Personals. Die administrative Belastung der mittelständischen Industrie muss abgebaut werden:

- **Verwaltungsprozesse müssen vereinfacht werden:** Reduzierung bürokratischer Pflichten (insbes. von Berichtspflichten) für industrielle Mittelstandsunternehmen, um den administrativen Aufwand zu minimieren und Ressourcen für das Kerngeschäft freizusetzen.
- **Verwaltungsdienste müssen digitalisiert werden:** Einführung von digitalen Plattformen für Anträge und Genehmigungen, um Prozesse zu beschleunigen und transparenter zu gestalten.
- **Gesetze müssen regelmäßig und bei ihrer Entstehung überprüft werden:** Etablierung eines Monitoring-Verfahrens zur regelmäßigen Überprüfung bestehender Gesetze und Vorschriften auf ihre Praktikabilität und Relevanz für den industriellen Mittelstand.

6. Das Umweltrecht muss fit für die Zukunft gemacht werden

Die deutsche Umweltgesetzgebung basiert auf einer langen und in ihrer Wirksamkeit erfolgreichen Tradition. Doch die über Jahrzehnte entstandene Regelungsdichte entfaltet zunehmend eine hemmende statt einer innovationsfördernden Wirkung für die deutsche Gießerei-Industrie. Die Ziele und das notwendige Tempo der Transformation fordern Flexibilität und Agilität bei der Umgestaltung industrieller Tätigkeiten und deren Überwachung. Zulassung und Betrieb von Anlagen dürfen deshalb nicht länger ausschließlich Teil umwelt- und stoffbezogener Schutzgesetze sein, sondern müssen integraler Bestandteil der Industriepolitik werden:

- **Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für alle Anlagenarten:** Elektronische Verfahren sind schnellstmöglich und bundeseinheitlich einzuführen. Die Behörden haben grundsätzlich nach eigenem Ermessen zu entscheiden; von ihnen geforderte Gutachten sind durch die Behörden zu finanzieren.

- **Europarechtliche Vorgaben sind stets 1:1 in nationales Recht zu übernehmen:** Nationale Regelungen, die durch europäische Vorgaben obsolet werden, sollten entfallen (z.B. Emissionserklärung gem. 11. BImSchV).
- **Das Gebot der Circular Economy erfordert ein Umdenken bei sekundären Rohstoffen:** Grundsätzlich sollten Recyclingrohstoffe nicht länger dem Abfallbegriff unterliegen, um deren Nachfrage und Nutzung zu stärken. Unbedenkliche mineralische Abfälle sollten zudem nicht durch überambitionierte Schutzvorschriften aus der stofflichen Verwertung hin zur Deponierung gedrängt werden.
- **Die EU-Ökodesign-Verordnung bedarf einer schlanken Ausgestaltung:** Nach dem gegenwärtigen Stand wird die Ökodesign-Verordnung der EU erhebliche und nachhaltige Auswirkungen sowohl auf Halbzeuge als auch auf Produkte aus allen Wirtschaftsbereichen haben. Hier ist auf eine schlanke Ausgestaltung der Ökodesign-Kriterien und des Digitalen Produktpasses zu drängen; es darf nicht dazu kommen, dem industriellen Mittelstand unverhältnismäßige administrative Belastungen aufzubürden.

7. Deutschland muss Taktgeber einer europäischen Industriepolitik sein

Die Zukunft der deutschen und der europäischen Industrie verlangt nach einer umfassenden, klaren und strategisch ausgerichteten Industriepolitik. Der Draghi-Report hebt eindrücklich hervor, dass nur eine kohärente Industriepolitik die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer zunehmend globalisierten und volatilen Weltwirtschaft sichern kann. Für Deutschland, als größte Volkswirtschaft der Europäischen Union, bedeutet dies, eine Führungsrolle zu übernehmen und aktiv an der Gestaltung einer europäischen Industriepolitik mitzuwirken und so die industriellen Wertschöpfungsketten mitsamt der deutschen Gießerei-Industrie zu stärken:

- **Anreize für lokale Investitionen:** Die Steuersätze für mittelständische Unternehmen gilt es zu senken, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und ihre Investitionsfähigkeit zu stärken.
- **Den europäischen Binnenmarkt als Fundament für wirtschaftlichen Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Integration und Harmonisierung der Rahmenbedingungen müssen weiter vorangetrieben werden, um insbesondere den mittelständischen Unternehmen den weiteren Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu ermöglichen.

- **„Buy European“-Klauseln in öffentlichen Ausschreibungen:** Öffentliche Beschaffungsprogramme sollten stärker auf die Förderung europäischer Unternehmen ausgerichtet werden, indem klare „Buy European“-Klauseln eingeführt werden. Dies könnte besonders für mittelständische Unternehmen von Vorteil sein, die dadurch leichter Zugang zu staatlichen Aufträgen erhalten würden.
- **Der Einsatz für ein handelspolitisches Gleichgewicht muss erhöht werden:** Deutschland und Europa sollten härter gegen unfaire Handelspraktiken vorgehen, die von Ländern wie China ausgehen. Dies umfasst den Schutz vor Dumping, unlauteren Subventionen und eine konsequente Durchsetzung von WTO-Regeln.

8. Die Rohstoffversorgung in Deutschland muss sichergestellt werden

Neben metallischen Rohstoffen wie Roheisen, Bauxit und Kupfer spielen vor allem auch Schrotte eine zentrale Rolle in der Versorgungssicherheit der deutschen Gießerei-Industrie. Ohne diese Materialien steht die Produktion und damit ein wesentlicher Teil der Wertschöpfungskette still. Europa ist in der Rohstoffversorgung aufgrund begrenzter Vorkommen stark eingeschränkt und muss viele dieser Materialien aus Drittländern importieren. Hochwertige Schrotte hingegen fallen in Europa an, sind jedoch mitunter nur begrenzt verfügbar. Ein gesicherter Zugang zu diesen Rohstoffen und eine starke Kreislaufwirtschaft sind daher unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Mittelstands:

- **Sicherstellung der Schrottverfügbarkeit:** Die deutsche Gießerei-Industrie ist auf metallische Schrotte angewiesen, die bis zu 90 Prozent der eingesetzten Materialien für ein Gussprodukt ausmachen. Der Schrottbedarf in Deutschland wird durch den Umbau der Stahlindustrie hin zu „grünem Stahl“ deutlich steigen. Der Einsatz von hochwertigen Schrotten unterstützt zentrale Nachhaltigkeitsziele und wird aufgrund der Umstellung auf Elektroschmelzverfahren auch aus metallurgischen Gründen erforderlich. Um die Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit der deutschen Gießereien zu gewährleisten, müssen langfristige Maßnahmen ergriffen werden, um die Kreislaufwirtschaft und Schrottverfügbarkeit strategisch zu fördern und den Zugang für alle relevanten Industrien zu sichern. Ein solches Vorgehen stärkt die Umweltbilanz und stützt die nachhaltige Produktion heimischer Industrieunternehmen.
- **Temporäre Aussetzung des Lieferkettengesetzes (LkSG):** Angesichts der unverhältnismäßigen bürokratischen Belastungen ist es für die deutsche Gießerei-Industrie von größter Bedeutung, dass das LkSG

temporär ausgesetzt wird, bis das gesamteuropäische CS3D mittelstandstauglich in Kraft tritt. Die für Mittelständler realitätsfernen Sorgfaltspflichten in internationalen Lieferketten erschweren nicht zuletzt erheblich den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen. Die Priorität sollte auf der Sicherung einer verlässlichen Rohstoffversorgung liegen, anstatt auf zusätzlichen bürokratischen Hürden, die die Industrie lähmen und den internationalen Wettbewerb verzerren.

- **Förderung von Rohstoffpartnerschaften:** Um die langfristige Versorgung mit metallischen Rohstoffen sicherzustellen, müssen dringend strategische Handelsabkommen mit rohstoffreichen Ländern außerhalb Europas angestrebt werden. Besonders in Anbetracht der geopolitischen Unsicherheiten ist eine Diversifizierung der Bezugsquellen unerlässlich. Der Zugang zu essenziellen Rohstoffen wie Roheisen darf nicht allein von wenigen internationalen Lieferanten abhängen. Ziel muss es sein, stabile und verlässliche Partnerschaften mit demokratischen, rohstoffreichen Ländern einzugehen. Darüber hinaus sollte Deutschland gezielt in Rohstoffprojekte investieren, um so den Aufbau von Infrastruktur und die Förderung in diesen Ländern zu unterstützen. Dies würde nicht nur die Versorgungssicherheit erhöhen, sondern auch die Unabhängigkeit von potenziell volatilen Märkten und politischen Risiken verringern.

Dieser Forderungskatalog soll klare Perspektiven und Handlungsoptionen bieten, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und der deutschen Gießerei-Industrie zu stärken und die umfassenden Herausforderungen der kommenden Jahre erfolgreich zu meistern.